

Die Genfer Flüchtlingskonvention ist so etwas wie die Arche Noah: Sie ist das große Rettungs- und Überlebensprojekt des Völkerrechts. Sie ist von einer erhabenen Schlichtheit, so wie man es sich auch von der Arche Noah der Urzeit erzählt; die soll ein einfacher, aber schützender Kasten gewesen sein. Die Konvention schützt Geflüchtete vor der Zurückweisung oder Rückführung in Staaten, in denen ihr Leben oder ihre Freiheit bedroht ist – sei es aus rassistischen, religiösen oder politischen Gründen. Die Staaten, die sie unterzeichnet haben, versprechen, dass keiner von ihnen so etwas organisieren oder dulden werde, was man heute einen Push-Back oder Pull-Back nennt.

„Grundsatz der Nichtzurückweisung“ heißt dieses humanitäre Grundprinzip; es ist dies ein Kern der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK). Sie wurde im Juli 1951 verabschiedet. Ihr 70. Jubiläum wird ein Jubiläum mit Trauerflor: Der Flüchtlingschutz ist kein Anliegen der Politik mehr, im Gegenteil; Flüchtlingspolitik ist vor allem Flüchtlingsabweisungs- und Abschiebungspolitik geworden; auch in Deutschland. Ein fataler Beleg dafür sind die Sammelabschiebungen ins Kriegs- und Corona-Hochrisikogebiet Afghanistan, die trotz Lockdown und trotz Reiseverboten wieder aufgenommen worden sind.

Die Missachtung der Flüchtlingskonvention ist nicht neu; die gab es auch schon zu früheren Jubiläen. Aber die Praktiken der Missachtung haben sich geändert. Vor 20 Jahren, zum 50. Jubiläum, wurde die Konvention als unzeitgemäß infrage gestellt. Es gab in der EU Pläne zu einer „Neukonstruktion des Schutzsystems“, nämlich zu einer neuen Konvention, die die Genfer Flüchtlingskonvention „ergänzt, ändert oder ablöst“. Davon ist heute nicht mehr die Rede. Heute werden Flüchtlinge einfach und brutal an der Flüchtlingskonvention vorbeigeschoben. Das Flüchtlingshilfswerk UNHCR ist „alarmiert“ über die Art, wie einzelne EU-Staaten, zumal Griechenland, Ungarn und Kroatien, Flüchtlinge behandeln. Der Menschenrechtsverein Mare Liberum behauptet, 2020 habe es 321 Push-Backs mit 9800 Migranten gegeben. Von „systematischer Praxis“ ist die Rede. Es ist ein rohes System. Die EU-Politik in toto betreibt ein System des Outsourcing von Asyl. Es wird dabei gern gesehen, wenn die Flüchtlinge schon in den Oasen der libyschen Wüste festgesetzt werden, in den Kufra-Oasen

Das rohe Europa

Die Genfer Flüchtlingskonvention wird 70 Jahre alt. Frontex, die EU-Grenzschutzagentur außer Kontrolle, will das Jubiläum mit Schusswaffen feiern

VON HERIBERT PRANTL

oder in Sabha. Die EU zahlt dafür, dass das Asyl dorthin kommt, wo der Flüchtling herkommt. Das gehört zu den Konstruktionsprinzipien der Festung Europa.

Ausführendes Organ dafür ist die Grenzschutzagentur Frontex; sie wurde 2004 gegründet, ursprünglich, um gemeinsame Einsätze der EU-Mitgliedsstaaten an den Außengrenzen zu koordinieren. Frontex ist sowohl für den Schutz der Flüchtlinge als auch für den Schutz der Außengrenzen zuständig. Das erste Anliegen wird ganz klein, das zweite ganz groß geschrieben. Deswegen wird diese EU-Agentur mit Geld, Personal und Kompetenzen überhäuft. Keine andere EU-Behörde wächst so schnell wie Frontex, Sitz in Warschau. 5,6 Milliarden Euro soll sie bis 2027 aus dem EU-Haushalt erhalten und 10 000 eigene Grenzbeamte einstellen, die auch uniformiert werden sollen.

Bislang arbeitete Frontex mit Polizeibeamten, die von den EU-Staaten ausgeliehen wurden; die traten dann als EU-Grenzpolizisten gemeinsam auf und unterstanden dem Recht des Staates, auf dessen Hoheitsgebiet sie arbeiteten. Ein neues Mandat erlaubt eigenständige Operationen mit eigener „technischer Ausrüstung“. Frontex-Chef Fabrice Leggeri, ein früherer französischer Ministerialbeamter, versteht darunter auch Handfeuerwaffen. Seine Beamten sollen schießen dürfen.

Es entsteht so ein europäisches Spezialkommando, eine Art GSG 9 der EU, ohne dass es klare Regeln und Richtlinien dafür gibt. Die Grenzkontrollpolizei kontrolliert die Grenzen mit allen Mitteln, wird aber selbst kaum kontrolliert. Es existiert zwar ein Verwaltungsrat, dem zwei Mitglieder der EU-Kommission und je ein Vertreter der 27 Mitgliedsstaaten angehören. Es soll das Lenkungs- und Leitungsorgan für Frontex sein. Das ist ungefähr so, als würden die deutschen Polizeikräfte von der

Ministerpräsidentenkonferenz geführt. Eine solche Führung kann man vergessen. Es bildet sich also eine EU-Polizeitruppe, die mit Flugzeugen, Schiffen, Drohnen und Schusswaffen unterwegs ist, aber kein rechtsstaatliches Fundament hat – dafür aber einen Chef Fabrice Leggeri, der sich wie ein Polizeigeneral benimmt, mit der Rüstungsindustrie kungelt, im Verdacht der Günstlingswirtschaft steht und die Hilfsorganisationen vor Afrikas Küsten wegen ihrer Schiffe beschimpft.

Frontex ist seit Jahren immer wieder in illegale Push-Back-Operationen involviert. Recherchen von Journalisten zeichnen das nach. Sie zeichnen nach, wie die griechische Küstenwache in der Ägäis Flüchtlingsboote gestoppt, deren Motoren zerstört und die Schutz suchenden Menschen, viele Frauen und Kinder darunter, auf dem Meer ausgesetzt hat – in den Schlauchbooten oder auf aufblasbaren Rettungsflößen. Bei mehreren dieser Push-Backs, so die Recherchen, waren Frontex-Einheiten beteiligt. Bei irregulären Abschiebungen per Flugzeug aus Griechenland soll es auch so gewesen sein. Frontex exekutiert Inhumanität.

Das alles gehört zu einem Programm, das offiziell nicht existiert, aber einvernehmlich praktiziert wird. Es heißt: Europa macht dicht. Zu den Dichtungen gehören die abschreckenden Flüchtlingslager auf den Inseln der Ägäis. All dies ist ein Verrat an der Genfer Flüchtlingskonvention. Es ist das Geschenk der EU zum 70. Jubiläum. Es ist ein Jubiläum mit Trauerflor.



Heribert Prantl ist Kolumnist und Autor der Süddeutschen Zeitung.